

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 31

ersch. am Sonntag.
Zugangspreis vierteljährlich 1,50 M. Nur Postbezug.
Bestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 24. Juli 1932

Geschäftsstelle: Berlin G2, Neuer Markt 8-12IV.
Telefon: Berlin 82, Kupfergraben 1129.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

48. Jahrgang

Heraus zur Wahl!

Im Jahre 1929 produzierte Deutschland für etwa 75 Milliarden Reichsmark, ohne daß damit die Produktionskraft voll ausgenutzt worden wäre. Nach der gegebenen Leistungsfähigkeit wäre eine Erzeugung von 80 oder 90 Milliarden sehr wohl möglich gewesen. Heute ist die Jahresleistung der deutschen Volkswirtschaft auf knapp 40 Milliarden zusammengeschrumpft, obwohl keine Naturkatastrophe die Produktionsmöglichkeiten zertrümmert hat und kein Nachlassen der Arbeitsfähigkeit oder des Arbeitswillens die Ursache ist. Auch die Sachfaktoren für die Gütererzeugung sind noch im gleichen Umfange vorhanden wie in der Konjunkturzeit.

Dabei darben die Menschen und müssen die Produktionsmöglichkeiten brachliegen lassen, weil die kapitalistische Wirtschaftsverfassung vollkommen unfähig und unbrauchbar geworden ist und man sich nicht dazu entschließen kann, die Wirtschaft auf anderer Grundlage zu organisieren. Niemals in der Geschichte des kapitalistischen Wirtschaftens ist der irrsinnige „Mangel aus Ueberfluß“ so sichtbar gewesen wie heute. Ein ökonomisches Massensterben geht durch alle Volkswirtschaften, Rohstoffe verkommen, Acker veröden, Fabriken zerfallen, Maschinen verrotten und die Menschen irren eckelstarr und verzweifelt auf den Straßen umher. In den Getreideländern läßt man das Korn verfaulen oder brennt die Ähren der reifen Frucht einfach ab, denn das ist billiger, als erst noch die Ernte zu bergen, um sie dann wegen Abfahmangels verkommen zu lassen. Die Baumwollorganisationen Amerikas lassen jede dritte Reihe der Baumwollstauden nicht mehr abernten. In Texas sind die Deltürme von Regierungstruppen besetzt, die alle Quellen gewalttätig geschlossen halten. Die brasilianische Regierung stürzt viele Millionen Sac Kaffee ins Meer oder läßt ihn zu Britetts verarbeiten. Die Raufschutverbände haben einen Pflanzenschädling gezüchtet und in den Plantagen angelegt, um die Gummibäume zum Verrotten zu bringen.

Doch alle diese und ähnliche Anschläge gegen den übersprudelnden Segen der Natur bringen nicht den erhofften Erfolg. Die unveräußerlichen Rohstoffvorräte werden nicht weniger. Soviel man die Produktion auch abdrosselt, sie bleibt immer noch zu groß, weil der Verbrauch der Völker noch schneller zurückgeht. Einschränkung der Produktion aber bringt Arbeiterentlassung und Vernichtung der Kaufkraft. Verminderung von Kaufkraft bedeutet Abfahrückgang. Abfahrückgang wiederum bringt neue Produktionseinschränkung.

Aus diesem höllischen Zirkel finden sich die kapitalistischen Wirtschaftsführer und Staatsmänner nicht mehr heraus, sie stehen völlig rat-

und hilflos der beispiellosen Zerstörung gegenüber, die der tollgewordene Kapitalismus anrichtet. Im Zeitraum eines Jahres ist der Weltmarkt auf die Hälfte zusammengesunken. Die einzelnen Staaten vertriehen sich vor dem drohenden Untergang hinter dem eingebildeten Schutz erhöhter Zollmauern, radikaler Einfuhrsperren und anderer Handelshemmnisse, obwohl jeder weiß, daß damit das allgemeine Unheil weiter vergrößert wird. In mehr als zwei Duzend Ländern ist die Währungsgrundlage zusammengebrochen oder freiwillig verlassen worden. In anderen Ländern wird durch eine

Unsere Parole:



Devisenzwangswirtschaft in gleicher Weise der Kreislauf der Wirtschaft unterbunden und die eigene Volkswirtschaft blutleer gemacht. Ueber den öffentlichen Kassen nisten die Pleitegeier ebenso wie über den Unternehmungen der Privatwirtschaft.

Infolge dieser unsinnigen kapitalistischen Wirtschaft leiden die Volksmassen bittere Not, sie gehen körperlich, wirtschaftlich und geistig zugrunde. Zu allen Uebeln kommt dann noch der Raub am Brot der Arbeitslosen. Die von Hitler und seinen Trabanten gestützte Papen-Regierung hat einen Druck auf die Arbeitslosen vollzogen, wie er in der Geschichte der deutschen Sozialpolitik einzig dasteht. Nach wie vor müssen unsere noch beschäftigten Kollegen und Kolleginnen hohe Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zahlen und als Gegenleistung bekommen sie lächerlich geringe Sätze, wenn sie die Unterstützung in Anspruch nehmen. Ein lediger Kollege, der bei einem Wochenlohn von 33 M. in 52 Wochen etwa 112 M. Versicherungsbeiträge entrichtet hat, erhielt früher an Arbeitslosenunterstützung 231 M. in 20 Wochen. Heute erhält er in sechs

Wochen in der Großstadt 50 M., in der Stadt über 10 000 Einwohner 43 M. und in der Stadt unter 10 000 Einwohner ganze 36 M. Seine jetzige Unterstützung macht also nur noch rund 15 bis 20 Proz. der früheren aus. Mindestens 80 Proz. sind ihm von der von Hitler tolerierten Regierung geraubt worden. Ein verheirateter arbeitsloser Kollege mit zwei Kindern hatte bei einem Wochenverdienst von 45 M. in 52 Wochen 152 M. Versicherungsbeiträge entrichtet. Früher hatte er ein Anrecht, in 20 Wochen eine Gesamtunterstützung von 405 M. zu beziehen, ganz gleich, ob er in der Großstadt oder auf dem Lande wohnte. Jetzt bekommt er nur eine Unterstützung von 75 M. in kleinen Orten, bis 102 M. in Großstädten innerhalb einer Dauer von sechs Wochen. 75 bis 82 Proz. seiner ehemaligen Ansprüche hat ihm die Regierung der Hitler-Barone gestohlen.

Nimmt man dazu noch den Abbau bei den Sozialrentnern und Kriegssopfern, dann haben wir in der Geschichte der deutschen Sozialpolitik durch die Einsetzung der Papen-Regierung eine unfahbare zwangsmäßige Verelendung der deutschen Arbeiterklasse. Diese Verelendung in solch schamloser Weise war nur möglich, nachdem das Großkapital in den Nationalsozialisten einen so willigen Helfershelfer gefunden hatte.

Es fragt sich nur, wie lange die heute noch irgeleiteten Massen von den politischen Abenteurern an der Nase herumgeführt werden können. Jeder Tag bringt uns jetzt neue Beweise für die Bestialität dieser „Erneuerer deutschen Wesens“, und der Toten auf dem Schlachtfelde des Freiheitskampfes werden es immer mehr, gleichsam, um der Erwartung des Reichspräsidenten, daß mit der Wiederzulassung der uniformierten Hitler-Banden Gewalttätigkeiten nicht vorkommen werden, das rechte Relief zu geben. Die Arbeiterbewegung kann auf eine Tätigkeit von etwa 70 Jahren zurückblicken. In dieser Zeit haben Hunderttausende von Versammlungen stattgefunden, sind unzählige Wählkämpfe ausgetragen worden, doch kein Mensch brauchte in diesen Ideenkämpfen sein Leben zu lassen. Die Millionen Freiheitskämpfer, die mit uns für ihre heilige Sache eingetreten sind, kämpften nicht mit Schlagring und Revolver, sondern mit dem geistigen Mittel der Ueberzeugung und Belehrung. Die Arbeiterbewegung ist dabei groß und stark geworden.

Die Verwilderung des politischen Kampfes kam erst mit dem Auftreten der braunen Pest. Dieser politischen Unterwelt gilt das Leben der anderen nichts. Blutiger Terror ist ihre Parole. Von Januar bis Mitte Mai fielen 24 Menschen den Gewalttätigkeiten der Nazis zum Opfer Mit der Aufhebung des SA.-Verbots im Juni schnellte die Verlustliste sofort auf 37 hinauf, und vom 1. bis 18. Juli sind weit

mehr als 40 Männer und Frauen von den braunen Mordgesellen abgeschlachtet worden. Die andauernde Mordhege der Naziführer hat wirklich „nicht erwartete“ Folgen!

Am 31. Juli hat das deutsche Volk in seiner Gesamtheit Gelegenheit, seine Stimme zu erheben gegen alle Not und alles Elend, das über uns gekommen ist, gegen alle Bedrückungen und Vergewaltigungen, denen die Arbeiterklasse ausgesetzt ist, und gegen den Blutterror, der als „nicht erwartete Gewalttat“ uniformierter Söldlinge eines politischen Abenteurers die Straße vergiftete. Die ganze arbeitende Klasse muß aufstehen wie ein Mann, um ihre Feinde zu schlagen.

Unsere Jugend —

Eine der ersten Maßnahmen, die von den Naziführern bei der Machtübernahme geplant sind, ist die **Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht**. Hitler hat schon vor einigen Wochen den Obersten a. D. Hierl mit der Organisierung und Durchführung der Arbeitsdienstpflicht beauftragt, die das Bindeglied zwischen der Schulpflicht und der „unbedingt wieder zu fordernden allgemeinen Wehrpflicht“ sein soll. Das Ziel ist, der Staatsleitung ein Arbeitsheer zu schaffen, das „als staatliches Machtmittel zum Einsatz im wirtschaftlichen Kampfe“ zur Verfügung steht. Der Arbeitsdienst soll „eine große Erziehungsschule für unser Volk“ sein, durch ihn sollen die jungen Männer „zu Fleiß, Ordnung, Pünktlichkeit, Sauberkeit, Anstand, Selbstbeherrschung und Gehorsam“ erzogen werden. (Wie gut würde es sein, wenn Hitler damit erst einmal bei sich selbst und seinen Hornden anfangen würde!)

Diese Erziehungsarbeit läßt sich nur leisten, wenn geeignete Führer zur Verfügung stehen. Es ist natürlich nur Zufall, daß der Hitler-Oberst jene Leute als Führer des Arbeitsheeres in Aussicht nimmt, die in der Nazi-Partei heute den Ton angeben. Wer die Zusammensetzung des aktiven Teils der Naziführerschaft kennt, weiß, daß es sich hier fast ausschließlich um ehemalige Offiziere handelt. Diese haben durch die Wiederzulassung der SA- und SS-Banden wieder ein Betätigungsfeld gefunden, die Hauptsache fehlt aber noch, nämlich einen für die ganze Zeit des Lebens sicheren und auskömmlichen Parteieinkommen. Und dazu soll ihnen die Einführung der Arbeitsdienstpflicht verhelfen. Es können dann mindestens 300 000 „wohlgeborene“ und „hochwohlgeborene“ Nazileute auf Kosten des Staates und unter Entlastung der Hitlerschen Parteifasse untergebracht werden.

Diesem Ziel dient der von Hierl vorgeschlagene „Organisationsaufbau der Arbeitsdienstpflicht“, nach der alle männlichen Personen im Alter von 17 bis 30 Jahren arbeitsdienstpflichtig sein sollen. Befreit werden nur Juden oder „wegen körperlicher Untauglichkeit oder auf Grund besonderer bürgerlicher Verhältnisse“ nicht in Betracht kommende Personen. Diese „besonderen bürgerlichen Verhältnisse“ werden bei fast allen Söhnen der Besitzenden vorliegen, es sei denn, daß sie auf Grund ihrer „höheren Herkunft“ sofort oder recht bald eine Führerstelle erhalten. Die Dauer der Arbeitsdienstpflicht soll zwei Jahre betragen.

Das Arbeitsdienstheer wird in Arbeitsabteilungen, Arbeitsgruppen, Arbeitsinspektionen und Reichsleitung eingeteilt. Die Arbeitsabteilung zählt 216 Köpfe. Davon sind 170 Reichsarbeiter und 46 Führer und sonstige Vorgesetzte. Eine Arbeitsgruppe umfaßt 10 bis 15 Arbeits-

Wer mit uns will, daß Schluß gemacht wird mit allem planlosen Wirtschaften, mit dem brutalen Sozialabbau, mit den rücksichtslosen Massensteuerverhöhungen, mit den Steuererlassen und Subventionen an die Großkapitalisten, mit der Bedrohung friedlicher Menschen durch uniformierte Kaufbolde und Unterweltgestalten, wer will, daß endlich auch die Besitzenden Opfer bringen, der muß alle Kräfte daran setzen, daß der Junkerregierung und ihren nationalsozialistischen Bundesgenossen am 31. Juli die Quittung für ihre Politik der Volksbedrückung, der Besitzbegünstigung und der Mißachtung des Menschenlebens erteilt wird. Wir wollen das und

darum wählen wir Liste 1!

steht ein Kommandeur. Wieder 10 bis 15 Arbeitsgruppen bilden eine Arbeitsinspektion. Jede Arbeitsinspektion hat einen Inspekteur, dem ein entsprechend großer Stab von Mitarbeitern und Büropersonal zur Verfügung steht. Das ganze Reich soll in 30 Arbeitsinspektionen eingeteilt werden. Die Krönung des Ganzen ist der Reichsminister für Arbeitsdienstpflicht.

Dieser Aufbau der Arbeitsdienstorganisation ist eine Nachäffung des alten kaiserlichen Heeres. Ganz besonderen Wert legen die Nazileute auf die Sicherung ihrer Führerschaft innerhalb der Arbeitsdienstpflichtverbände. Dabei kommt es ihnen in erster Linie auf die Besoldung und die Alterspensionen an, denn Hierl fordert, daß die Führer den Offizieren der Wehrmacht gleichgestellt werden, d. h. sie werden lebenslanglich angestellt und sind somit Zeit ihres Lebens aller Sorgen frei und ledig. Und das ist ihnen die Hauptsache.

Für die Reichsarbeiter sorgt die Nazi-Partei selbstverständlich nicht so gut, sie sind nur Material für die Erziehungskunst der Führer. „Der Reichsarbeiter erhält keinen Lohn, sondern Unterkunft, volle Verpflegung, Kleidung, Wäsche und ein tägliches Taschengeld von 30 bis 50 Pf.“ Durch diese Ausbeutung des Reichsarbeiters soll erreicht werden, daß „die durch Liberalismus und Margismus bestimmte materialistische Auffassung, die jede Arbeit unter dem Gesichtswinkel des Geldverdienens betrachtet, aus ihren Köpfen verschwindet“. Das Geldverdienens ist Sache der Naziführer, die Arbeiter haben nur zu arbeiten und den Mund zu halten. Wenn sie das nicht tun, kommen sie in die „Besserungsabteilungen“ oder vor die Gerichte der Arbeitsdienstpflichtverbände. Das bürgerliche Recht soll auf die Reichsarbeiter keine Anwendung finden, diese sollen den **Hakenkreuzbanditen völlig überantwortet sein**.

Manchmal aber dürfen die Reichsarbeiter den Mund aufmachen, dann nämlich, wenn sie „mit Musik und Gesang, mit fröhlichen Gesichtern, im gleichen Schritt und Tritt und mit stolz erhobenen Köpfen durch die Straßen ziehen und die Blicke der deutschen Frauen und Männer sie mit Wohlgefallen begleiten“. Selbstverständlich bekommen sie auch eine schöne Uniform, die „sie auch außer Dienst gerne tragen“ und auf die sie ebenso stolz sein werden, „wie der Soldat auf seinen Waffenrock“.

So sieht die Arbeitsdienstpflicht aus, mit der die Naziführer die deutschen Arbeiter und vor allem die deutsche Jugend beglücken wollen. Doch diese bekanken sich dafür, daß Deutschland für die Arbeiterklasse ein großes Zucht haus wird. Der deutsche Jungwähler stimmt darum

— und unsere Kolleginnen.

Die Nazis haben sich als unveräußerliches Recht vorbehalten, einen **Tiefstand moralischer Verklumpung** an den Tag zu legen, der nicht mehr unterboten werden kann. Am 23. Juni beschimpfte im Preussischen Landtag der nationalsozialistische Abgeordnete Lohse die Sozialdemokraten als „Partei der Deserteure“. Aus den sozialdemokratischen Reihen ertönten protestierende Zurufe und einige weibliche Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion riefen: „Unsere Söhne sind im Kriege gefallen!“ Unter wiederholtem Gelächter wurden sie darauf von den nationalsozialistischen Bänken in der denkbar gemeinsten Weise beschimpft und u. a. auch als „dumme Ziegen“ tituliert. Man kann sich nicht vorstellen, wie die Bewertung der Frau als Frau und Mutter durch dieses verrohte Gesindel sein muß, wenn es schon in öffentlichen Parlamentstagen so seinen Gefühlen freien Lauf läßt.

Die **sittliche Verwahrlosung der Nationalsozialisten kennt keine Grenzen**. Man beachte doch: es sind Abgeordnete, Volksvertreter, deren Ausdrucksweise einen Tiefstand zeigt, der geradezu entsetzlich ist. Was für Mütter müssen diese Burken gehabt haben, daß sie Frauen, die ihre Söhne auf dem Schlachtfeld geopfert haben, als „dumme Ziegen“ bezeichnen können! In den letzten Wahlkämpfen hantierten die Nationalsozialisten mit gefühlvollen Plakaten für die „deutschen Frauen“ mit dem Aufpruch: „Schützt die deutsche Familie! Wählt Adolf Hitler!“ In dem Roheitsausbruch ihrer erwählten Vertreter, unterstrichen durch höhnisches Gewieher, erkennen wir die wirkliche „Achtung“ der Nationalsozialisten vor Frau und Mutterchaft.

Und ganz in diesen Rahmen paßt es denn auch, daß Angehörige dieser verrohten Gesellschaft an die Mutter des von Nationalsozialisten ermordeten siebzehnjährigen Reichsbannerkameraden Maret in Chemnitz am Tage der Beisetzung ihres Kindes einen „herzlichen Glückwunsch“ zur Ermordung ihres Sohnes sandten! **Diese Gefinnung zeigt, daß sich die Nazioten nur im Ton der Gasse wohlfühlen**. Das ist der Geist, aus dem heraus die Nazis den Müttern kriegsgefallener Arbeiter gemeinste Beleidigungen zuriefen und den sie trotz aller Ablehnungsversuche durch immer neue Beschimpfungen bestärkten.

Wie es mit der Achtung der Hitler-Gardisten vor der Frau und Mutter bestellt ist, zeigt ein Aufsatz in der von dem ostpreussischen Gauleiter der NSDAP, Reichstagsabgeordneten Koch, herausgegebenen „Preussischen Zeitung“ vom 6. Juli, in dem über den Umzug der „Antifaschisten“ in Königsberg berichtet wird. Dort heißt es u. a.: „Hinter den roten Fahnen Aljudas marschierten die Margisten in Zügen, mit Ziegen älteren und jüngeren Datums. Diese Weiblichkeit ist ein Kapitel für sich. Außer einigen auf gut proletarisch und wolkrevolutionär aufgemachten älteren Schrauben mit neckischen Jakobinermützen, sah man eine Schar von Mastgänfen, die watschelig ihr Fett spazieren führten. Unter ihnen eine Anzahl, die mit wertvollen Wolljumpern in der Farbe der Unschuld bekleidet war. Unter den Jumpern wuppte weniger das Herz als der Fettpufen.“

So schätzt der Nazi die deutsche Frau ein, doch ihre Stimme will er am 31. Juli haben, um zur Macht zu kommen. Kolleginnen, merkt euch diese Beschimpfungen. Darum keine Stimme diesen Burken. Unsere Kolleginnen stimmen

nur für Liste 1

Konkurrenzmanöver im Unternehmerlager.

Schon mehrfach haben wir uns mit Rundschreiben des „Allgemeinen Arbeitgeberverbandes der Deutschen Papierverarbeitung“ beschäftigt und dabei dem sehr betriebstamen Herrn Dr. Coerper auf die Finger klopfen müssen. Der „Anti-Api“, wie das mißratene Coerperische Kind auch genannt wird, propagiert die volle Anarchie in unserem Berufsleben, den Kampf aller gegen alle mit allen unheilvollen Folgen für den gesamten Beruf. In der Wahl seiner Mittel ist Herr Dr. Coerper dabei nicht allzu ängstlich, er huldigt dabei der Devise: Je größer und unanständiger, um so besser! Das zeigt auch sein Rundschreiben vom 21. Juni, das an alle Mitgliedsfirmen des „Api“ im Reich gerichtet ist. Der Kern dieses Rundschreibens ist

„die ganz ergebenste Erinnerung, daß, wer seine Mitgliedschaft beim „Api“ nicht am 1. Juli zum 31. Dezember kündigt, weiter noch auf mindestens 1 1/2 Jahre an die heute völlig überholte Reichstarrifpolitik des „Api“ gebunden ist.“

Grundsätzlich darf man sagen, daß uns die Konkurrenzmanöver der Unternehmerverbände untereinander herzlich wenig zu kümmern brauchen. Wenn man jedoch die Beweggründe sieht, die zum Abjagen der Mitglieder des einen Unternehmerverbandes durch den anderen führen, dann erhält die Sache für uns ein anderes Gesicht. Der Zweck der Übung ist für Dr. Coerper die Zerstückelung des mit dem „Api“ abgeschlossenen Reichstarrifs und damit eine Erschwerung unseres Kampfes um die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Mitglieder. Dr. Coerper ist jeder reichstarriflichen Lohnregelung abhold, sein Hauptagitationsmittel ist die Propaganda des Herrn-im-Hause-Standpunktes mit dem Unternehmer als Lohnherr. Darum schwärmt er für regionale und betriebliche Lohnvereinbarungen, die möglichst einseitig vom Unternehmer festgesetzt werden sollen. Gleichberechtigung der Arbeiterschaft hierbei nur, soweit diese noch nicht zu umgehen ist. Darum schwärmt er auch für das neue Schlagwort der „Verfeinerung der Tarifverträge“, das ihm das Mittel zur Durchsetzung seiner berufsschädigenden Ziele sein soll.

Was Dr. Coerper will, das ist die Aushöhung unseres Berufes durch betriebliche oder bezirkliche Entlohnung, die den Unternehmern die Möglichkeit geben soll, durch Schmutzkonkurrenz auf Kosten des Arbeitslohnes anfallende Arbeit an sich zu reißen und dadurch ehrliche und anständige Betriebe zu schädigen, die auch im Arbeiter noch den Menschen sehen, dem für seine Arbeitsleistung ein gerechter Lohn mit ausreichender Verdienstmöglichkeit werden muß. Obwohl auch Herr Dr. Coerper weiß, daß nur eine reichstarrifliche Lohnregelung den beruflichen Interessen entspricht, stachelt er mit seinen Handlungen den egoistischen Einschlag im Unternehmer auf, ohne Rücksicht darauf, welche Folgen das für den gesamten Beruf haben muß. Unser heute schon völlig zerrütteter Beruf geht durch die von Dr. Coerper erstrebte Lohnanarchie völlig vor die Hunde. Durch seine Sammlung aller jener Elemente, die eine gerechte Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen verabscheuen, und durch die Art seiner Jagd nach Mitgliedern aus dem „Api“ für den „Anti-Api“ ist er zum Totengräber der gesamten „Api“-Industrie geworden. Zudem bringt der berufsfremde Dr. Coerper mit seiner Vertretung der regionalen oder besser noch betrieblichen Lohnregelung, die sich in erster Linie gegen die Löhne der Kolleginnen richtet, nichts Neues. Er will zurück zu den für den Betriebsegoismus so goldenen Zeiten, als der Unternehmer den

Lohn diktierte und der Arbeiter mit einem: „Wem's nicht paßt, der kann gehen!“ eingeschüchtert wurde. Dr. Coerper will heute auch den ehemals so beschämenden, glücklicherweise beseitigten Zustand wieder, daß einige besondere Kräfte im Betrieb auf Kosten der anderen im Lohn hervorgehoben werden und damit einen Keil in die Arbeiterschaft der einzelnen Betriebe treiben. Das wäre dann der Boden, auf dem sein dunkles, den Beruf selbst zum völligen Ruin führendes Gewerbe gedeihen kann.

Dagegen wehren wir uns und hängen darum seine Sirenengefänge niedriger. Die „Api“-Industrie braucht zu ihrer Gesundung Ruhe und Ordnung auch im Lohnwesen und nicht Anarchie und egoistische Selbstsucht. Darum kann uns, die wir mit unserem Beruf auf Gedeih und Verderb

Appell!

Wacht auf! Wacht auf! Jetzt ist es Zeit, Die Reihen zu formieren.
Der Feinde Hauf steht sprunghoch bereit,
Mit Wucht den Schlag zu führen.

Habt acht! Habt acht! Die Reaktion
Will restlos uns entziehen.
Hat sie die Macht, wird harte Fron
Uns knebeln, drücken, knechten.

Steht fest! Steht fest! Es darf der Feind
Uns mutlos niemals finden.
Im Kampf ums Recht sind wir vereint
Und nicht zu überwinden.

Zur Tat! Zur Tat! Nicht Meinungsstreit
Darf unsere Reihen spalten.
Der Freiheit Saat nur dann gedeiht,
Wenn wir zusammenhalten.

Marschier! Marschier! Jetzt ist es Zeit,
Die Gegner zu bezwingen.
Die Front formiert in Einigkeit —
Das muß den Sieg uns bringen!

Hebra-Weimar.

verbunden sind, die unanständige Mitgliederjagd des Dr. Coerper nicht gleichgültig sein. Politisch gesehen betreibt Dr. Coerper durch seine Mäulwurfsarbeit die Geschäfte der größten Feinde der Arbeiterbewegung, ein Grund mehr für alle unsere Mitglieder, durch rastlose Werbearbeit unter unseren Berufsangehörigen seiner Tätigkeit ein Ende zu machen.

Es irrt der Mensch,

solange er strebt. Dieses Wort, im Goethe-Jahr noch besonders aktuell, hat sich an einem der Inhaber der Leipziger Großdruckerei Breitkopf & Härtel bewahrheitet, der einigen kleinen Irrtümern zum Opfer fiel, als er uns unter dem 5. Juli mit nachstehendem Schreiben beachtete:

„An die Geschäftsstelle der „Buchbinder-Zeitung“,
Berlin.

Wir werden seit einiger Zeit von nationalsozialistischer Seite gebeten, Betriebspropaganda innerhalb unserer Firma zu gestatten. Wir haben aus Gründen der Ueberparteilichkeit bisher derartige Ansuchen zurückgewiesen. Da Sie nun Ihrerseits in Ihrer Zeitung laufend bestimmte politische Propaganda unternehmen, werden wir uns künftig solchen Anfragen nicht mehr negativ entgegenstellen, es sei denn, daß Sie künftig jegliche politische Betriebspropaganda unterlassen. Wir bitten Sie,

uns mitteilen zu wollen, ob dies beabsichtigt ist, damit wir entsprechende Weisung an die nationalsozialistischen Betriebszellen geben können.

Hochachtungsvoll gez. Breitkopf u. Härtel.“

Es ist der erste Irrtum des Brieffschreibers, Herrn Dr. Volkman, wenn er in seinem Schreiben sagt, die Firma Breitkopf & Härtel habe es „aus Gründen der Ueberparteilichkeit“ seither abgelehnt, nationalsozialistische Betriebspropaganda innerhalb der Firma zu gestatten. Wir dürfen Herrn Dr. Volkman daran erinnern, daß schon vor einigen Jahren im Betrieb der Firma Breitkopf & Härtel unter der Protektion der Firmenleitung ein gelber Wertverein gegründet wurde, dem in der Hauptsache zwar Angestellte, sehr zum Leid der Firma aber nur wenige Arbeiter angehörten, denen Klassenolidarität ein unerfreulicher Begriff war. Die Protektion gelber Wertvereine, die als Prellbock gegen unsere für ein freies Menschengeschlecht kämpfenden Gewerkschaften gedacht und denen wefensgleich die nationalsozialistischen volksverderbenden Ideen sind, ist — sagen wir höflich — mindestens kein besonders durchschlagendes Zeichen von Ueberparteilichkeit.

Zum zweiten irrt Herr Dr. Volkman, wenn er es für Ueberparteilichkeit hält, daß die Firma die nationalsozialistische Rührigkeit ihrer Angestellten seit längerer Zeit duldet und daß sie auch nichts dagegen einzuwenden hat, daß einer der leitenden Angestellten, der Archivar Dr. Hitzig, im Betrieb für die nationalsozialistische „Arbeiter“-Partei Sammlungen veranstaltet. Zum dritten irrt Herr Dr. Volkman, wenn er angibt, nationalsozialistische Ansinnen seither zurückgewiesen zu haben. Wie will er es uns erklären, daß fast am gleichen Tage, an dem er uns seinen Brief schrieb, die NSD.-Zelle der Firma Breitkopf & Härtel offiziell gegründet wurde? Zum vierten irrt Herr Dr. Volkman, wenn er meint, daß ein Gewerkschaftsblatt die Vertretung der Interessen der Gewerkschaftsmitglieder aufgeben könnte, wenn das mit nationalsozialistischer — Freiheit von ihm verlangt wird. Und um die Komödie der Irrungen voll zu machen, irrt Herr Dr. Volkman zum fünften und letzten, wenn er annimmt, daß er mit dem biedereren Ton in seinem Schreiben irgendwelchen Eindruck schinden könnte. Wir dürfen ihn daran erinnern, daß seine Firma als Drucker und er selbst als Verfasser nationalsozialistischer — sagen wir wieder, diesmal sehr höflich — Propagandaschriften hinreichend bekannt ist. Allerdings tritt die Firma aus irgendwelchen Gründen nicht selbst als Drucker auf, sie schiebt den Wi-Si-Druck (Willy Simon, Filiale Leipzig) vor. Anscheinend will sich die Firma Breitkopf & Härtel in der Öffentlichkeit nicht gern mit dem Inhalt dieser von ihr gedruckten Schriften identifizieren, was immerhin noch ein Zeichen von — Scham sein könnte.

Alles in allem müssen wir also feststellen, daß sich Herr Dr. Volkman noch zu einer Zeit den Mantel der Ueberparteilichkeit anzog, als dieser schon recht zerflossen war. Und da irrt Herr Dr. Volkman noch einmal, wenn er annimmt, daß dies niemand sehen würde.

In einem so kurzen Schreiben so viel „Irrtümer“ tatsächlicher und grundsätzlicher Natur, Herr Dr. Volkman, das scheint des Guten doch etwas sehr reichlich zu sein.

Gelesene Nummern

der „Buchbinder-Zeitung“

gibt man an seine unorganisierten Kollegen weiter

Um die Arbeitsbeschaffung.

Wenn die Privatwirtschaft Arbeit nicht zu schaffen vermag, dann muß der Staat eingreifen. Hiervon ausgehend haben die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei seit Monaten ein durchgreifendes Arbeitsbeschaffungsprogramm gefordert. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hatte auf seinem Krisentag am 13. April der Öffentlichkeit praktische Vorschläge unterbreitet, wie die Arbeitslosigkeit gemildert werden kann. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat dem Reichstag drei Gesetzentwürfe vorgelegt über die Arbeitsbeschaffung und Förderung des Kleinwohnungsbaues, über die Auflegung einer Prämienanleihe für Arbeitsbeschaffung und über Umgestaltung der Hauszinssteuer in eine Rentenschuld. Diese drei Gesetzentwürfe enthielten daneben ein umfassendes Programm für die Arbeitsbeschaffung.

Auf die Regierung Brüning wurde von Partei und Gewerkschaften ein starker Druck nach dieser Richtung ausgeübt, so daß diese einen Teil der Forderungen übernahm. Es sollte eine Prämienanleihe aufgelegt, die Befriedung des Ostens planmäßig begonnen und auch sonst Arbeit beschafft werden. Sechshunderttausend Arbeitslose sollten zunächst wieder zu Arbeit und Verdienst kommen. Der Regierungswechsel hat die Verwirklichung dieses bescheidenen Arbeitsbeschaffungsprogramms verhindert. Die neue Regierung speiste die Arbeitslosen mit der scheinheiligen Beteuerung ab, daß sie die Arbeitsbeschaffung als eine der vordringlichsten Aufgaben ansehe. **Trotzdem hat sie von dem Arbeitsbeschaffungsprogramm ihrer Vorgängerin nur Nebensächlichkeiten übernommen.**

Die Millionen arbeitslosen Volksgenossen, die sich kümmerlich durchschlagen müssen, hatten sich an den Gedanken der Arbeitsbeschaffung als letzte Hoffnung geklammert. Sie sind von der Regierung der Hitler-Barone schmerzlich enttäuscht worden. In diesem Wahlkampf fällt daher auch die Entscheidung darüber, ob die Hoffnungen der Arbeitslosen auf Arbeitsbeschaffung für immer zerschlagen sind oder die Pläne der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie verwirklicht werden sollen. **Der Stimmzettel in ihrer Hand entscheidet daher am 31. Juli über ihr Schicksal!**

Fortbildungskurse für Erwerbslose und Jungkollegen.

I.

Als eine Tat vorausschauender, in sozial-ethischer wie beruflicher Hinsicht gleich bedeutsamer Arbeitslosenpolitik kann man den

Unterrichtskursus für arbeitslose Jungbuchbinder der Jahrsstelle Berlin

bezeichnen, den diese mit Unterstützung des städtischen Dezernats für das Berufsschulwesen veranstaltet hat. Daß es für unseren Beruf eine der dringendsten Gegenwartsaufgaben ist, den vom Schicksal der Arbeitslosigkeit betroffenen Jungkollegen — dessen Ausbildung mit der Entlassung aus der Lehre ja noch keineswegs abgeschlossen ist — davor zu bewahren, jede Fühlung mit seinem Beruf zu verlieren, bedarf keiner Betonung. Ein solcher Kursus muß selbstverständlich einen über den Tag hinausweisenden Wert haben, er darf nicht nur Gelegenheit zur Arbeit bieten, sondern ebenso auch zu geschmacklicher und handwerklicher Weiterbildung. Darum ist es zu begrüßen, daß in dem Berliner Meister Walter Gerlach ein Lehrer gefunden wurde, der selbst als ein vom Geist neuzeitlicher Schaffens Erfüllter diese Forderung nach Abkehr von veralteter Geschmacksweise verwirklicht hat.

Davon sprach jede der an leider nur drei Tagen (vom 2. bis 4. Juli) im Versammlungsraum des Verbandes ausgestellten Kursarbeiten. Wo waren Kamm- und Gustav-Marmor, wo Kreide- und Sprengschnitt, wo die jede ästhetische Einheit des Buchkörpers zerreißenden Ecken der Halbfranz- und Halbkleinbände, wo war das ganze Rüstzeug der Geschmacklosigkeit von Anno dazumal geblieben? Verfliegen war dieser ganze Spul, auf den Tischchen lagen und standen Einbände, Pappkästen, Mappen und andere Dinge, denen man nicht nur die saubere Arbeit, sondern auch die verständnisvolle Auswahl und harmonische Zusammenfügung der Werkstoffe anmerkte. Statt der häßlich prozigen Ledereten trugen mehrere Bände „Schienen“. Schmale Lederreifassungen, die zugleich Schutz der Bortkante und Schmuck des Einbands sind. Buntpapiere waren so gut wie völlig ausgeschaltet. Hierzu darf man bemerken, daß es gewiß auch schöne und geschmackvolle Buntpapiere für Einbände gibt, daß es aber von Gerlach richtig war, in diesem ersten Kursus das Hauptgewicht auf die einfarbigen Papiere zu legen, weil sie ganz besonders die eigenwillige und neuzeitliche farbige Bestimmung untereinander und mit anderen Werkstoffen ermöglichen.

Es wäre gewiß eine reizvolle Aufgabe, einzelne Einbände der Ausstellung herauszugreifen und zu beschreiben, doch das ist, wie man verstehen wird, nicht möglich, und so bleibt uns nur übrig, die neuartigen geschmacklichen Gesichtspunkte, nach denen die Kursarbeiten gefertigt waren, in knappen Zügen darzustellen. Vor allem sah man jedem Arbeitsstück das in ästhetischer Beziehung Durchdachte, also die geistige Ueberlegenheit an. Statt, wie es meist üblich ist, den Halbfranz- oder Halbkleinband mit einem Papierbezug zu versehen, waren zwischen Leder oder Leinen und Bezug schmale andersfarbige Streifen gesetzt, und so war mit einfachem Mittel eine lebendige Wirkung erzielt; diese wurde bei einigen Einbänden noch gesteigert durch schwarze neben dem Leder oder Bezugspapier mit Tusche gezogene feine Linien. Oder man hatte einen schmalen hellfarbigen Streifen nicht nur zur Abgrenzung von Leder und Bezugspapier genommen, sondern ihn auch noch auf der Deckelmitte wiederholt. Ähnliche Abwandlungen vom Schema F sah man auch bei den „Schienenbänden“, und außer den geschmackvoll abgestimmten Farbschnitten, den mit der Hand umstochenen „Kaptalen“ bildeten die „Vorsätze“ ein besonders erfreuliches Kapitel.

Daß Gerlach und seine arbeitslosen Jungbuchbinder es nicht so gemacht haben, wie es immer gemacht wird, daß sie den Bucheinband in allen seinen Teilen als eine geistig-handwerkliche Einheit erkannt und besonders bei der Gestaltung des Deckelinnern zum Teil neue Wege giewiesen haben, kann ihnen nur hoch angerechnet werden. Wie reizvoll ist es — um nur noch ein paar Beispiele neuartiger Vorsatzgestaltung herauszugreifen —, wenn beim „Spiegel“, ähnlich wie beim Außendeckel, eine Belebung durch breite oder schmale andersfarbige Streifen erzielt wird, wenn bei gleichfarbigem Vorsatzpapier die monotone Fläche durch eine andere Farbe durchbrochen wird. Diefelbe formende Lust, dieses spielerische und dabei doch sinnvolle Gestalten mit farbigen Flächen, die rhythmische Bewegung geben, stellt man auch bei den Pappkästen, Schreibunterlagen und Buchhüllen fest.

Es war selbstverständlich besonders wichtig, daß sich die Unterweisung nicht nur auf den Einband beschränkte, sondern auch anderen buchbinderischen Arbeiten galt. Denn in einer Zeit, in der die Bücherproduktion infolge der schrumpfenden Kaufkraft der Massen zurückgeht, ist es für den Buchbinder besonders wertvoll, auch die Anfertigung anderer, in sein Fach fallender Dinge zu beherrschen.

Erfreulich ist es, daß der Kursus nicht auf die Unterweisung in „Rustleistungen“, sondern in einfachen buchbinderischen Arbeiten angelegt war, und daß neben der sauberen und einwandfreien Fertigung der Hauptwert auf die geschmacklich-neuzeitliche Güte gelegt war.

19 Jungbuchbinder, von denen etliche schon durch zweijährige Arbeitslosigkeit ihrem Berufe zwangsläufig entzogen waren, besuchten diesen ersten Teil des Kursus, der in der Innungsschule während des abgelaufenen Vierteljahres an zwei Tagen in der Woche in je vier Stunden stattfand. Von den Teilnehmern waren 12 Buchbinder, die übrigen waren

Spezialarbeiter, wie Hand- und Preßvergoldner. Der zweite Teil des Kursus wird sich auch auf die Unterweisung im Handvergoldnen erstrecken.

Die Kosten für die Arbeitsmaterialien trug die Stadt Berlin, und es soll dankbar anerkannt werden, daß auch Verleger, insbesondere die „Büchergilde“, durch Buchgaben zum Gelingen des Kursus beitrugen. Und nicht unerwähnt möge bleiben, daß über alle sozialen Gegensätzlichkeiten hinweg durch diesen Kursus eine Art Zusammenwirken zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern des Buchbinderberufs auf dem Gebiete der fachlichen Ausbildung angebahnt worden zu sein scheint, insbesondere dadurch, daß der Kursus unter Leitung eines Innungsmeisters in der Fachschule der Berliner Buchbinder-Zwangsinnung stattfand.

Bei der Eröffnung der Ausstellung nahmen außer dem Stadtschulrat Hoffmann, als Vertreter des Magistrats, dem Kollegen Priemer, dem Kursusleiter Gerlach auch der Berliner Obermeister Gehre und als Vertreter des Bundes deutscher Buchbinder-Innungen Dr. h. c. Hugo Tschäer das Wort, um die Bedeutung dieses Kursus zu würdigen. Es ist im Interesse der arbeitslosen Jungbuchbinder zu wünschen und zu verlangen, daß dieser erste Kursus nur der Auftakt für eine ununterbrochene Reihe gleicher Kurse ist. Denn die Viebe zu Beruf und Arbeit im beruflichen Nachwuchs zu erhalten, diesen, soweit es möglich ist, über die geist- und nerventörende Leere der Arbeitslosigkeit hinwegzubringen, ist eine der wichtigsten und gar nicht zu überschätzenden Aufgaben unseres Handwerks. Wertvoll ist es auch, daß in einer Zeit vorherrschender Maschinenarbeit in der Buchbinderei auch die gute handwerkliche Arbeit als die unvergängliche Grundlage des Buchbinderberufs gepflegt wird.

Wenn in jedem Kursus die gleiche Arbeitsfreude lebendig ist, wie in diesem ersten, wenn dort die gleiche in den Forderungen der Zeit wurzelnde vorbildliche Arbeit geleistet wird, dann kann man nur zufrieden sein. **Ernst Collin.**

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

Der neue Reichsmanteltarif für das deutsche Buchbindergewerbe (VDB-Vertrag) ist im Druck erschienen und den Tarifauskunftsgliedern sowie allen beteiligten Zahlstellen in einem Exemplar zugefandt worden. Weitere Exemplare sind zum Preise von 30 Pf. pro Stück einschließlich Porto von uns zu beziehen. Wir ersuchen die Verwaltungen um einen regen Vertrieb der Tarife.

Nachtrag zum Akkordtarif. Die Abänderungen und Ergänzungen zum Reichsakkordlohnstarif für Buchbinderarbeiten vom 29. Juni 1928 werden als Texturen gedruckt. Wir ersuchen Interessenten, ihren Bedarf an solchen Nachträgen sofort bei uns anzumelden. Die neuen Bestimmungen treten am 4. August in Kraft. Bis dahin muß jedes Mitglied, das nach dem Akkordtarif entlohnt wird, mit den Änderungen vertraut sein, um sich vor Nachteilen zu schützen. Der Preis beträgt pro Stück 1,20 Mk. einschließlich Porto.

Abrechnungen

vom zweiten Quartal 1932 gingen bis zum 19. Juli bei der Verbandskasse ein von: Frankfurt a. d. O. 260,15 Mk., Sorau —, Mt., Tilsit —, Mt. = Hildesheim —, Mt., Kassel —, Mt., Wanfried 200,— Mk. = Eisenach 75,— Mt., Eisenberg —, Mt., Gera 200,— Mt., Greiz 67,95 Mt., Jümenau —, Mt., Saalfeld —, Mt., Schmöln —, Mt., Zeitz 75,— Mt. = Großenhain —, Mt., Limbach —, Mt. = Heilbronn —, Mt., Reutlingen 400,— Mt.

Adressänderungen.

B = Bevollmächtigter, K = Kassierer.
Gleiwitz: B: E. Neumann, Birtenallee 52.
K: J. Wajahn, Peter-Paul-Platz 3.
Koblenz: B: A. Müller, Koblenz-Lügel, Am Güterbahnhof 2.
K: W. Weller, Koblenz-Waltersheim, Rammertsberg 70. Auszahlung: Werttags von 18 bis 19 Uhr, Sonntags von 12 bis 14 Uhr.

Der Verbandsvorstand.